

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher Nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., zweimonatlich 1 Mk., einmonatlich 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf.

Postzeitungsbestelln. 6848.

Alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Mit „Musikl. Sonntagsblatt“. Mit humor. Beilage „Feiertagsblatt“. Mit „Landwirtschaftl. Beilage“.

Inserate, bei der zweiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr aufzugeben. Preis für die gespaltene Corpusspalt ober deren Raum 12 Pf. (tabellarische und komplizierte nach Uebereinkunft).

„Eingefandt“ unterm Stich 80 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Kannakmesellen: In Schandau: Expedition Haulenstraße 134, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Mosse, in Frankfurt a. M.: G. L. Dausse & Co.

Nr. 35.

Schandau, Dienstag, den 24. März 1903.

47. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Arbeiter **Karl Emil Fleischhauer**, geb. am 26. April 1879 in **Frauenwald**, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Mordversuchs verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Amtsgerichts-Gefängnis abzuliefern. Auf die Ergreifung Fleischhauers ist eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt worden. Leipzig, den 21. März 1903. Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgerichte. Beschreibung: Alter: 23 Jahre. — Statur: kräftig. — Größe: 1,62 m. — Haare: dunkelblond. — Stirn: hoch. — Zähne: gute. — Gesicht: länglich, gesundfarbig. — Sprache: deutsche. — Kleidung: Jaquet. — Bart: dunkelblonder Schnurrbart. — Augen: blau. — Rinn: oval.

Holzversteigerung Mittelndorfer Staatsforstrevier:

Montag, den 30. März 1903, vormittags 1/10 Uhr, im Hotel „Lindenhof“ in Schandau: 1212 w. Stämme, 4243 h. u. w. Röhler, 20 w. Verb- u. 8270 w. Reisflangen. **Dienstag, den 31. März 1903, vormittags 10 Uhr,** in der Restauration „Kleiner Wasserfall“, Kirnischthalstraße: 44 rm w. Scheite, 76 rm h. u. w. Knüppel, 11 rm h. u. w. Faden, 235 rm h. u. w. Keste (geschn.), 81 rm w. Stöcke. Kgl. Forstrevierverwaltung Mittelndorf zu Altendorf u. Kgl. Forstrentamt Schandau, am 20 März 1903. **Meissner. Looss.**

Nichtamtlicher Teil.

Politisches.

Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. wird am 30. April, nicht schon am 28. April, wie es geheissen hatte, in Würzburg eintreffen, um an der daselbst stattfindenden Feier der Vermählung des Großherzogs von Sachsen-Weimar mit der Prinzessin Karoline von Neuchâtel teilzunehmen. Die Kaiserin kommt indessen nicht mit nach Würzburg. Fürst Regent Heinrich XIV. von Neuchâtel stattete dieser Tage von Dresden aus einen kurzen Besuch am Berliner Hof ab.

Der Reichstag brachte am Freitag die tags zuvor begonnene Erörterung des Etats des Auswärtigen Amtes zum Abschluß. Allerdings trat die Freitagssitzung gegenüber der Debatte in der vorangegangenen Sitzung an Bedeutung und Interesse entschieden zurück, da die letztere von den bemerkenswerten Erklärungen des Reichskanzlers Grafen Bülow über Venezuela, den Dreieck und Mazedonien beherrscht war, während die Auseinandersetzungen über den Etat des Auswärtigen Amtes, welche die Freitagssitzung zeitigte, durchaus nicht mehr den Charakter einer hochpolitischen Erörterung trugen. Zunächst sprach der Sozialdemokrat Bernstein; er verbreitete sich über die Anarchisten, die Herr Bernstein als eine ziemlich harmlose Sekte hinstellte, über die mazedonischen Wirren, über die Armenier und die gedrückte Lage der Juden in Rumänien. Abgeordneter Dr. Dertel (kons.) vermochte den Ausführungen des sozialistischen Redners über die Anarchisten und über die Lage der rumänischen Juden nicht zuzustimmen; im übrigen behandelte er hauptsächlich die Forderungen der Berliner Diskontogesellschaft, als der Erbauerin der großen venezolanischen Eisenbahn, gegenüber Venezuela. Ueber dieses Thema ließ sich dann der Staatssekretär des Reiches v. Richthofen näher aus, auch Abgeordneter Dr. Baasche (nat.-lib.) sprach hierüber, gegen Dr. Dertel polemisierend. Dann gelangte durch den Sozialdemokrat Gradnauer die Angelegenheit der Auslieferung einiger Personen seitens der deutschen Regierung an Rußland aufs Tapet. Neben dem Abgeordneten Gradnauer versuchten auch die Abgeordneten Ledebour (oz.) und Schrader (tr. Vereinig.) nachzuweisen, daß die Reichsregierung in den betreffenden Auslieferungsfällen nicht korrekt gehandelt habe, während Staatssekretär v. Richthofen die Handlungsweise der Regierung verteidigte. Schließlich wurde der Titel „Behalt des Staatssekretärs“ bewilligt, die übrigen Positionen des Etats des Auswärtigen Amtes fanden debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen Erledigung. Am Sonnabend besahe die sich der Reichstag zunächst mit dem Kolonial-Etat.

Die Erörterung des Reichstages sollen am 24. März beginnen, vorausgesetzt, daß bis dahin der Reichshaushalt-Etat definitiv unter Dach und Fach gebracht ist. Man darf dies wohl hoffen, da die Budgetkommission des Reichstages am Freitag die Vorberatung des Etats zum Abschluß gebracht hat. Es handelte sich noch um die Beschlußfassung über die Zuschußanleihe und die außerordentlichen Deckungsmittel. Die hierbei von der Budgetkommission am Freitag gefaßten Beschlüsse verringern das Reichsdefizit um annähernd 60 Millionen Mark, mithin wird die aufzunehmende Zuschußanleihe nur noch zirka 160,5 Millionen Mark betragen. Schließlich genehmigte die Kommission noch den bislang restierenden Titel 4 der „Stempelabgaben“.

Im preussischen Abgeordnetenhaus haben vorigen Donnerstag und Freitag wieder lebhafteste „Volksdebatten“ stattgefunden, in Gestalt der Beratung über die im Etat des Finanzministeriums geforderten Stellenzulagen für die Beamten in den Ostmarken und über die im Kultusetat enthaltenen Zulagen für die Lehrer und Lehrerinnen in den Ostmarken. Namentlich am Freitag trugen diese Verhandlungen einen recht lebhaften Charakter infolge der überaus heftigen Ausfälle des Polen Stierbeck gegen die neue Polenpolitik der preussischen Regierung und gegen das Germanisierungswerk des ehemaligen Deutschritterordens in den heutigen Provinzen Westpreußen und Posen. Nicht minder scharf war die „Abfuhr“ gehalten, welche Finanzminister v. Rheinbaben dem polnischen Schwadronneur zu teil werden ließ und in der Herr v. Rheinbaben besonders den gewaltigen Fortschritt hervorhob, den die Provinz Posen unter der Hohenzollernherrschaft im Vergleich zu den vorangegangenen

Zeiten gemacht hat. Das Endergebnis der Debatten war, daß das Haus die genannten Zulagen gegen die Stimmen desentrums, der Polen und teilweise auch der Freisinnigen bewilligte. Hiermit ist zugleich der Kultusetat zur Erledigung gelangt.

Der neue Erzbischof von Köln Dr. Fischer hat im Anschluß an seine dieser Tage stattgehabte feierliche Inthronisation seinen ersten Hirtenbrief erlassen. Derselbe ist vom Geiste echt christlicher Milde und Toleranz getragen und kann darum nur die besten Hoffnungen hinsichtlich des Wirkens des nunmehrigen Oberhirten der Kölner Erzbischofssee erwecken.

In Pest haben am Freitag anlässlich des Todestages des Patrioten Kossuth größere Straßenunruhen seitens der Studenten stattgefunden. Die chauvinistisch erregten Russen forderten u. a. das Ausstecken von Trauerfahnen bei einer ganzen Reihe von Gebäuden, die keinen solchen Trauerschmerz trugen. Es kam zu öfteren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Studenten, wobei auf beiden Seiten mehrere Verletzungen zu verzeichnen waren. Außerdem geriet bei dem besonders heftigen Zusammenstoß vor dem Klublokal der Unabhängigkeitspartei ein Kind unter die Hufe eines Pferdes und wurde getödtet. Die Tumulte dauerten bis in den Abend hinein und hatten die Verhaftung von im Ganzen 41 Studenten zur Folge. Ministerpräsident v. Szell erschien noch am späten Abend im Polizeipräsidium und ließ sich vom Stadthauptmann Rudny Bericht über diese Vorfälle erstatten. Jedenfalls beweisen dieselben abermals, daß in der ungarischen Hauptstadt der magyarische Chauvinismus neuerdings wieder bedenklich ins Kraut schießt.

In Frankreich ist nach der für das radikale Ministerium Combes günstigen Entscheidung in der Deputiertenkammer betreffs der Kongregationen zunächst eine kleine Ruhepause in den parlamentarischen Ereignissen eingetreten. Die Generaldiskussion über das Budget, welche der Senat am Freitag begann und auch beendete, verlief in sehr harmloser Weise.

Ueber die Lage auf der Balkanhalbinsel verbreitet sich eine telegraphische Berliner Mitteilung in der „R. Z.“ Laut derselben arbeiten die Behörden in Mazedonien mit Eifer an der Durchführung der verschiedenen Reformen, vermutlich infolge der neuesten scharfen Reklamation Rußlands bei der Pforte. Auch soll es Hilmi Pascha, dem mit der Oberaufsicht über das Reformwerk betrauten Kommissar der Pforte, gelungen sein, die Albanesen einigermaßen zu beruhigen. Dagegen dauert das Bandenwesen in Mazedonien fort, da immer frischer Zuzug aus Bulgarien kommt; die Reformverheißungen an die Mazedonier haben da offenbar noch keine besondere Wirkung gezeitigt. Die Berliner Mitteilung in der „R. Z.“ will denn auch wissen, daß alle Mächte darin einig zu sein schienen, es müsse der Pforte freie Hand zur Unterdrückung des Bandenwesens gelassen werden. Zuletzt erwähnt die Mitteilung den vom offiziellen Pariser „Temps“ Griechenland gegebenen Rat, mit den slavischen Balkanvölkern gemeinsame Sache gegen die Türkei zu machen, und betont, dieser Rat stünde im Gegensatz zur russischen Balkanpolitik und zur amtlichen Zustimmung des Ministers Delcassé zu den russischen Reformplänen für Mazedonien. — Da übrigens zur Zeit die türkisch-griechischen Beziehungen beinahe geradezu intime geworden sind, so erscheint schon hieraus eine etwaige anti-türkische Kooperation Griechenlands mit den christlichen Balkanstaaten ausgeschlossen.

Der heimgekehrte Chamberlain wird in England noch immer anlässlich seiner glücklichen Rückkehr aus Südafrika gefeiert und geehrt. Am Freitag wurde ihm in Guildhall vom Lordmayor eine Willkommens- und Glückwunschkarte überreicht. Chamberlain nahm dieselbe tief gerührt entgegen und hielt eine Rede, in welcher er seinen optimistischen Ansichten bezüglich Südafrikas erneut Ausdruck gab. Von der Guildhall aus verfügten sich der Kolonialminister und der Lordmayor im festlichen Zuge nach dem Mansion House, wo unter Teilnahme vieler Staatswürden ein Festmahl zu Ehren Chamberlains stattfand. Natürlich fehlte auch hier die obligate Rede Chamberlains nicht; in derselben erwähnte er die Kolonien zu größeren Opfern für das Reich.

Die Erneuerung

des Abonnements auf das II. Quartal der „Sächsischen Elbzeitung“ muß bei der Post, sowie in den drei hiesigen Ausgabestellen noch vor Ablauf des laufenden Quartals erfolgen, damit in der ferneren Zusendung keine Unterbrechung eintritt. Jeder Briefträger ist verpflichtet, Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ entgegenzunehmen.

Der Schatten des neuen deutschen Zolltarifs im Auslande.

Jeder Volkswirt ist sich darüber klar, daß die erhoffte gute Wirkung des neuen Zolltarifs nicht nur von seiner einfachen Anwendung, sondern auch von seiner Aufnahme im Auslande abhängt. Nordamerika und Rußland, die ersten Schutzvölker der Erde, merken sehr, daß ihnen ein großer ihrer Waren laufender Staat in demselben Tone geantwortet hat, wie sie die Schutzzölle des Reichs vorgeschlagen haben und die Stille, in die man sich in Nordamerika und Rußland über den deutschen Zolltarif noch hält, zeigt, daß die Entscheidung über die Aufnahme desselben dort noch nicht gefallen ist. Verhältnismäßig recht neidisch ist England über die neue deutsche Zollpolitik. Wie dem „L. Tabl.“ berichtet wird, beginnt dort der neue deutsche Zolltarif bereits mächtig zu wirken. Dieser Tage fand eine von der „London Chamber of Commerce“ einberufene Versammlung statt, um über den Tarif zu beraten und, wie gewöhnlich zu protestieren. Wenn der Zolltarif in Kraft trete, so würde er ein schwerer Schlag für den englischen Handel sein. Besonders schwer würde der Bradford Handel (Wollwaren) getroffen. Die Regierung sollte unverzüglich Spezialtarife mit Deutschland vereinbaren. Es kam dabei die merkwürdige Tatsache zur Sprache, daß der deutsche Zolltarif noch nicht einmal vom Handelsamte in die englische Sprache übersetzt ist. Die „Times“ lassen sich aus Paris berichten, daß Deutschland nach Gründung eines mitteleuropäischen Zollvereins einen Boykott über die Vereinigten Staaten in die Wege zu leiten beabsichtige. Aus Wien lassen sie sich von einer Unterredung mit dem Handelsminister von Call berichten, in der sich dieser einem solchen Gedanken durchaus nicht abgeneigt zeigt. Selbst sonst recht nüchterne Blätter wie der „Economist“, nehmen diese Nachricht auf und behandeln sie ganz ernsthaft in einem Leitartikel. Der imperialistische Gedanke des großen englischen Zollvereins macht dabei nicht gerade Fortschritte. In Kanada ist man höchst ärgerlich darüber, daß der britische Ackerbauminister die Einfuhr von lebendem Vieh zu andern als Schlachtzwecken, wegen der damit verbundenen Seuchengefahr, aufs allerenergischste verboten hat. Die Stimmen für einen höheren Schutz der kanadischen Eisen-Industrie mehren sich. Die Prämie von 2,70 Dollar für die Tonne Roh Eisen genügt nicht mehr, um die Industrie erfolgreich zu schütten, besonders bei der Vorzugsbehandlung von britischen Probenzenzen um 33 1/2 Prozent. Ebendort agitierten die Rübenzuckerproduzenten eifrig für eine Erhöhung der Prämie. Auch bei Gelegenheit der Debatten über die Sicherheit der Versorgung Englands mit Brotfrucht im Falle eines Krieges wird darauf hingewiesen, daß es durchaus nicht zweckmäßig sei, alles Getreide von den Kolonien zu bekommen und durch Preferentialzölle fremde Nationen auszuschließen.